

## Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmung vom 10. Februar 2019
Für Rückfragen	Gabriela Blatter, Präsidentin glp Stadt Bern; 078 623 27 42, <a href="mailto:gabriela.blatter@grunliberale.ch">gabriela.blatter@grunliberale.ch</a>
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, 3000 Bern <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	16. Januar 2019

### Parole zur Gemeindeabstimmung vom 10. Februar 2019

**Die erweiterte Vorstandssitzung der Grünliberalen Partei Stadt Bern hat die JA-Parole zur Stadtratsvorlage wie auch zum Volksvorschlag beschlossen mit Vorzug der Stadtratsvorlage in der Stichfrage.**

Die Grünliberale Partei Stadt Bern begrüsst das Instrument einer Planungsmehrwertabgabe grundsätzlich. Der Vermögenszuwachs auf Landbesitz, der aufgrund eines politischen Entscheides wie eine Ein-, Auf- oder Umzonung verbucht werden kann, geschieht ohne eigenes Zutun und sollte deshalb besteuert werden, wie ein Lottogewinn auch. In diesem Sinne gibt es klaren Konsens für eine solche Abgabe, auch weil damit wichtige Aufgaben der Stadt Bern finanziert werden können. Umstritten bleibt, welche Verdichtungsanreize durch die Stadtratsvorlage (Freigrenze 20'000.- Franken) bzw. den Volksvorschlag (Freigrenze 150'000.- Franken) geschaffen werden. Verdichtungsanreize sind für die Grünliberale Partei Stadt Bern in diesem Zusammenhang das wichtigste Anliegen. Eigene Vorschläge der Fraktion im Stadtrat für wirksame Verdichtungsanreize sind leider jedoch gescheitert. Als Nachteil des Volksvorschlags werden juristische Überlegungen geltend gemacht, hat doch das Bundesgericht im Tessin in einem vergleichbaren Fall eine Freigrenze von 100'000 Franken kassiert.

Die Grünliberale Partei Stadt Bern beschliesst deshalb an der offenen Vorstandssitzung vom 16.01.2019 klar die JA-Parole zur Stadtratsvorlage wie auch zum Volksvorschlag mit Vorzug der Stadtratsvorlage in der Stichfrage.